



NIEDERSACHSEN Vorwärts

MÄRZ 2010 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

alles neu macht der Mai. So auch unser Landesparteitag am 29. Mai, an dem ich nicht wieder für das Amt des Vorsitzenden antrete. Formal geht die Wahl wie immer über die Bühne. Die Delegierten entscheiden, ob Monika Griefhahn, Olaf Lies, Stefan Preuße oder Stefan Schostok meine Nachfolge antritt. Neu ist aber, dass die Delegierten vorher wissen, wen die Parteibasis favorisiert. In den Monaten bis zum Parteitag stellt sich das Quartett auf zehn regionalen Konferenzen vor. Meine herzliche Bitte an alle Mitglieder: Geht hin, informiert euch, hört zu oder fragt. Am Ende der Konferenzen könnt ihr eurem Favoriten eine Stimme geben. Daraus ergibt sich am Ende ein schlüssiges Meinungsbild über die Stimmung in der Partei. Eine Direktwahl des Vorsitzenden lässt das Parteiengesetz nicht zu. Der Landesvorstand hat jedoch beschlossen, dafür in Berlin zu werben. Aber auch unsere Regionalkonferenzen können ein Schritt sein, unsere Partei weiter zu öffnen und das Parteilieben lebendiger zu machen. Es liegt auch an Euch. Deshalb: Geht hin, macht mit.

Euer

Garrelt Duin
Landesvorsitzender

TRANSPARENZ, OFFENHEIT UND BETEILIGUNG

Niedersachsens SPD ruft alle Mitglieder auf, sich zwischen dem 1. März und dem 17. April im Rahmen von zehn Regionalkonferenzen aktiv an der Wahl der oder des neuen Landesvorsitzenden zu beteiligen.

Von Lothar Pollähne

Nach intensiven Beratungen im Landesvorstand und im Landesparteirat hat die niedersächsische SPD ein Verfahren zur Neuwahl der oder des künftigen Landesvorsitzenden erarbeitet. Sie hat sich dabei von den Prinzipien der Transparenz und Offenheit leiten lassen und stellt die umfassende Beteiligung unserer Genossinnen und Genossen in den Mittelpunkt der Meinungsfindung.

Bei vier Bewerbungen ist die umfassende Information der gesamten Partei unerlässlich, bis es auf dem Landesparteitag der niedersächsischen SPD am 29. Mai in Stade zur Wahl kommt. Zur Wahl stellen sich Monika Griefhahn, Olaf Lies, Stefan Preuße und Stefan Schostok.

Im Rahmen von zehn Regionalkonferenzen werden sich die Kandidatin und die drei Kandidaten zwischen dem 1. März und dem 17. April dieses Jahres der Partei und der Öffentlichkeit vorstellen. Diese Konferenzen sollen zur Meinungsbildung für den Landesparteitag beitragen. Eingeladen werden alle Parteimitglieder. Dabei spielt es keine Rolle in welchem Bezirk, welcher Region oder welchem Unterbezirk sie sich an der Findung der oder des nächsten Vorsitzenden beteiligen.

Alle jeweils anwesenden Mitglieder unseres Landesverbandes können ihre Stimme in geheimer und schriftlicher Abstimmung für einen der vier Vorschläge abgeben. Jedes Mitglied kann nur auf einer Konferenz abstimmen. Das Ergebnis der Abstimmungen wird während der jeweiligen Regionalkonferenz ausgerechnet und bekannt gegeben. Die Ergebnisse aller Veranstaltungen werden dann vom Landesvorstand für die Nominierung der oder des Vorsitzenden berücksichtigt.

Der Niedersachsen-vorwärts wird diesen Meinungsbildungsprozess umfassend begleiten, in dieser Ausgabe mit Kurzvorstellungen von Monika



**Vorwärts und aufwärts mit
Offenheit und Beteiligung.**

Foto: lopo

Griefhahn, Olaf Lies, Stefan Preuße und Stefan Schostok. Auf den Seiten IV und V sind außerdem der aktuelle Stand der Termine und die Orte der Regionalkonferenzen abgedruckt. Da es hier noch zu Aktualisierungen kommen kann, wird auf das Internet-Angebot des Landesverbandes verwiesen. Unter www.spdnds.de werden die Daten für die Regionalkonferenzen laufend aktualisiert. Zudem sind dort ausführliche Informationen zur Kandidatin und den Kandidaten eingestellt.

Auch der Niedersachsen-vorwärts wird in der April-Ausgabe die letzten notwendigen Informationen zu den

Fortsetzung auf Seite 2

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)

Fortsetzung von Seite 1

April-Konferenzen abdrucken. Der Landesvorsitzende Garrelt Duin lädt alle Genossinnen und Genossen herzlich ein an den Regionalkonferenzen teilzunehmen. Dabei geht es darum, die Arbeit der

oder des Landesvorsitzenden auf das Fundament einer aktiven Mitgliederpartei zu stellen, die ausgiebig und kontrolliert, vor allem aber zielgerichtet diskutiert. Der Landesparteitag in Stade am 29.

Mai 2010 wird der erste wichtige Schritt auf dem Weg zu einer erfolgreichen Landtagswahl und zur Beendigung der schwarz-gelben niedersächsischen Mehltau-Politik sein. ■

DEUTLICHE WORTE DES LANDESPARTEIRATS

Zukunftsweisende Beschlüsse zur Finanzausstattung der Kommunen und zur energetischen Zukunft des Landes gefasst.



Energetische Zukunft: Mit Schwarz-Gelb nicht auf der Sonnenseite Foto: lopo

» Das Land braucht einen Rettungsschirm für die Kommunen.«

» Eine Interessengruppe macht Kasse, das Gemeinwohl bleibt auf der Strecke.«

Städte, Gemeinden und Landkreise stehen vor dem finanziellen Kollaps, die kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr. Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise, den von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossenen Steuer-senkungen und weiter steigenden Sozialausgaben droht den niedersächsischen Kommunen im laufenden Jahr ein Minus von gut 900 Millionen Euro. Einsparungen sind in vielen Fällen kaum noch möglich. Die Erhöhung von Gebühren oder gar die Streichung von Angeboten der kommunalen Daseinsvorsorge können die kommunalen Finanzprobleme nicht lösen und stehen überdies im Widerspruch zum sozialdemokratischen Verständnis von Kommunalpolitik.

In einer Resolution forderte der Landesparteitag der niedersächsischen SPD am 13. Februar in Hannover von den schwarz-gelben Regierungen in Berlin und Hannover, endlich ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen gerecht zu werden. Ausdrücklich begrüßt der Par-

teirat daher die Forderung der Bundespartei nach einem Rettungsschirm für Kommunen und fordert

- die vollständige Kompensation für die durch das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf kommunaler Ebene entstandenen Einnahmeausfälle
- eine Erhöhung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft von drei Prozentpunkten
- den Verzicht auf weitere Maßnahmen, die zu zusätzlichen Belastungen für Kommunen führen würden und
- den Erhalt der Gewerbesteuer als wichtigster originärer Einnahmequelle der kommunalen Gebietskörperschaften.

Mit einer weiteren Resolution forderte der Landesparteitag die Umsetzung des Atomkonsenses ohne jeden Abstrich und eine Investitionsoffensive für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Trotz allen Röttgenschen Wortgeklingels hat Schwarz-Gelb den energiepolitischen Rückwärtsgang eingelegt und ermöglicht der Atomlobby Milliar-

dengewinne. Das Restrisiko bleibt vor allem an Niedersachsen hängen in Form alter Atom-Meiler, mit dem maroden »Versuchs-Endlager« Asse und aufgrund der nach wie vor ungelösten Endlager-Frage.

Diese Politik bringt den Stromkonzernen Milliarden-Gewinne. Gleichzeitig blockiert Schwarz-Gelb Investitionen in die Erneuerbaren Energien, in Energieeffizienztechnologie und Kraft-Wärme-Kopplung. Damit setzen sie hunderttausende Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen aufs Spiel und benachteiligen kommunale Stadtwerke im Wettbewerb. Eine Interessengruppe macht Kasse, während das Gemeinwohl auf der Strecke bleibt. Mit dem Freibrief für die Atomwirtschaft und der angekündigten Kürzung der Solarenergieförderung verspielt Schwarz-Gelb den deutschen Vorsprung bei Umwelttechnologien. Der Landesparteitag bekräftigte auf seiner Sitzung in Hannover die zentrale energiepolitische Position der SPD: Nur wer am Ausstieg aus der Atomkraft festhält, kann glaubwürdig auf erneuerbare Energien umsteigen ■ eb

MITARBEIT ERWÜNSCHT! – SPD SETZT FOREN EIN

Niedersachsens SPD setzt ihren Modernisierungskurs fort. Neue Arbeitsweisen und die Öffnung der Partei nach außen sollen die Kooperation mit gesellschaftlichen Bündnispartnern verstärken und das politische Profil schärfen. Daher hat der Landesvorstand auf seiner Jahresauftaktklausur am 29./30. Januar in Achim zwölf Foren eingesetzt. Diese sollen einen entscheidenden Beitrag zur langfristigen Profil- und Positionsentwicklung der SPD Niedersachsen leisten. Mitglieder und Nichtmitglieder sind herzlich willkommen und zur Mitarbeit eingeladen. Interessierte melden sich bitte unter spd-niedersachsen@spd.de in der Landesgeschäftsstelle.

Forum	Verantwortlichkeit
Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Neue Energien	Olaf Lies, Dr. Matthias Miersch
Gerechte Bildungspolitik	Frauke Heiligenstadt
Hochschule, Wissenschaft und Forschung	Dr. Gabriele Andretta
Verbraucherschutz und gesundes Leben	Dr. Carola Reimann
Sportpolitik	Karl-Heinz Hausmann
Kultur und Medien	Daniela Behrens
Solidarische Gesellschaft – Gesundheit und Pflege	Uwe Schwarz
Arbeit, Mitbestimmung und Innovation	Stefan Schostok
Neue Gesellschaft	Gabriele Lösekrug-Möller
Sicherheit, Freiheit und Demokratie	Grant Hendrik Tonne
Demokratie und Partizipation im Internet	Lars Klingbeil

DEUTSCHLAND VON KINDERREICHTUM KEINE REDE

Zum Regelsatz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Von Gabriele Lösekrug-Möller und Caren Marks



Nicht erst seit der sozialpolitischen Westerwelle grenzt es an Leichtsinn, das Wohl der Kinder Schwarz-Gelb zu überlassen.

Foto: AWO

Die Kinder sind die Gewinner, das ist die Einschätzung vieler, die das höchstrichterliche Urteil zu den Regelsätzen bewerten. Doch das Urteil allein holt noch kein Kind aus der Armut oder garantiert Chancengleichheit von Jungen und Mädchen bei Bildung, Ausbildung und späterer Berufs- und Lebenssituation. Entscheidend wird sein, wie Politik und Verwaltung das Urteil umsetzen. Wir haben große Bedenken, dass die schwarzgelbe Regierung den Richterspruch nicht in seiner großen Dimension zur Menschenwürde und Sozialstaat umsetzt.

Worum geht es? Schlicht darum, dass Kinder, sofern ihre Eltern dafür nicht sorgen können, das bekommen, was sie zum Leben und für ihre Entwicklung brauchen. Der aktuellen Ableitung des Regelsatzes für Kinder mangelt es an Nachvollziehbarkeit und Transparenz. Mehr Lebensnähe, das verlangen die Richter zu Recht, und wir seit Jahren.

Wir wollen gemeinsam mit den Trägern der Grundsicherung und den Sozialverbänden eigenständige Regelsätze für Kinder entwickeln, die alters- und entwicklungsspezifische Bedarfe korrekt berücksichtigen. Sollten dazu weitere Studien oder Gutachten erforderlich sein, sind diese schnellstmöglich in Auftrag zu geben. Grundsätzlich sollte beim Ministerium für Arbeit und Soziales eine Kommission unter Beteiligung des »Deutschen Vereins für öffentliche und

private Fürsorge«, WissenschaftlerInnen und Sozialverbänden eingesetzt werden die die Regelsatzermittlung begleitet.

Geld ist nicht alles, wenden die Kritiker ein. Und sie haben Recht. Aber eine angemessene finanzielle Grundsicherung ist die materielle Basis, Betreuungs- und Bildungsangebote für jedes Kind müssen hinzukommen. Das fängt beim Kitaplatz an, geht über das warme Mittagessen in der Schule und endet beim gebührenfreien Erststudium. Sozialdemokraten ist jedes Kind gleich viel Wert. Das unterscheidet uns von Schwarz-Gelb. Während sie Kinderfreibeträge erhöhen und für Reiche Steuern senken wollen, kämpfen wir für Löhne, die zum Leben reichen, Kinderbetreuung, die Alleinerziehenden Berufstätigkeit ermöglicht und frühkindliche Bildung. Alles zusammen ist der Schlüssel für gleiche Zukunfts- und Bildungschancen unserer Kinder.

Damit unsere Kinder zu Gewinnern werden, bedarf es einer Politik, die Kommunen in die Lage versetzt, kinder- und familienfreundliche Leistungen anzubieten. Die derzeitige Politik dreht den Städten und Gemeinden gerade den Geldhahn zu! Damit unsere Kinder zu Gewinnern werden, bedarf es einer Politik der Bundesländer, die bestmögliche Bildung für jedes Kind organisiert. Wie das geht, zeigt Rheinland-Pfalz! Damit unsere Kinder zu Gewinnern werden, bedarf es einer Politik auf Bundesebene, die nicht den Niedriglohn

salonfähig macht, sondern mit aktiver Arbeitsmarktpolitik Menschen aus dem Grundsicherungsbezug erlöst, durch gute Infrastruktur für Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht und Alleinerziehende besser unterstützt. Das ist unser Weg!

Kein Kind zurücklassen, das ist im Sinn unserer Verfassungsrichter. Das ist gesellschaftlicher Auftrag, das ist politische Aufgabe der SPD. Mit den Verbesserungen der Leistungen für Kinder in den letzten Jahren haben wir im Wettlauf mit veränderten Verhältnissen einiges erreicht, aber noch viel zu tun. Wir streben ein breites Bündnis zum Wohl aller Kinder in Deutschland an. Es grenzt an Leichtsinn, ihr Wohl Schwarz-Gelb zu überlassen, das beweisen die jüngsten Äußerungen des Vizekanzlers. Spalter und Neider, Arrogante und Überhebliche waren noch nie gute Sachwalter der Interessen unserer Kinder. ■



Gabriele Lösekrug-Möller ist direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis 47 – Hameln-Pyrmont, Holzminden, Uslar, Bodentele und Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales



Caren Marks ist direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis 43 – Hannover-Land I und Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

VERWALTUNGSGERICHT HANNOVER STOPPT SANDERS NARHALLA-MARSCH

Am Faschings-Dienstag war Schluss mit Hans-Heinrich Sanders umweltpolitischen Narhalla-Marsch. Das Verwaltungsgericht Hannover bestätigte die im Einklang mit europäischen Rechtsnormen stehende Einrichtung der Umweltzone in der Landeshauptstadt und wertete Umweltminister Sanders Handeln nach Aussage des Hannöverschen Landtagsabgeordneten Stefan Schostok als »wahlloses und willkürliches Eingreifen in die kommunale Selbstverwaltung«. Moniert wurde vor allem die fehlende Beteiligung der Öffentlichkeit. »Minister Sander«, so Schostoks Fazit, »beteuert ständig, er sei nah bei den Menschen. Das Gericht hat nun zu Recht festgestellt, dass es sich bei dieser Aussage um eine billige Plattitüde handelt. Dass allerdings, wie manche hoffen, nach diesem Urteilsspruch wieder eine vernünftige und sachbezogene Umgangsform Einzug in die Verwaltungsstuben des Landes hält, ist nicht zu erwarten. Minister Sander ist Garant für weitere umweltpolitische Amokläufe, solange ihm Ministerpräsident Wulff den Rücken frei hält.« ■ *eb.*

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Lothar Pollähne,
Sebastian Schumacher
Anschriфт: Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

VIER BEWERBUNGEN UM DEN LANDESVORSITZ

Monika Griefahn, Olaf Lies, Stefan Preuße und Stefan Schostok wollen Landesvorsitzende der niedersächsischen SPD werden. Auf dieser Seite präsentieren sie in Kurzform, welche Vorstellungen sie von ihrer Arbeit haben und mit welchen politischen Plänen sie sich den Genossinnen und Genossen auf den Regionalkonferenzen vorstellen wollen. *red.*

MONIKA GRIEFAHN



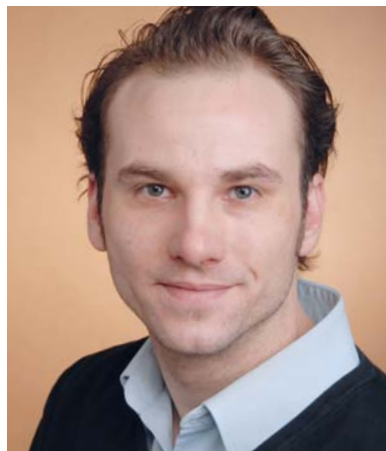
Meine Bewerbung für den SPD-Landesvorsitz ist ein Angebot an die Mitglieder. Basisarbeit ist mir wichtig. Dort bin ich verwurzelt. Ich möchte den Aktiven in den Ortsvereinen und Unterbezirken nach den letzten schmerzhaften Wahlen Selbstvertrauen zurückgeben. Wenn wir alle gemeinsam wieder erhobenen Hauptes auftreten, gewinnen wir neue Mitglieder sowie Wählerinnen und Wähler – und alte zurück. Unerlässlich ist die Öffnung in die Zivilgesellschaft. Da kann ich viele Wege ebnen. Die SPD steht für soziale und innovative Politik. Dies muss den Menschen vermittelt werden, damit sie uns wieder vertrauen. Unsere erste große Herausforderung ist es, die Stärken unserer Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl 2010 herauszustellen, damit die SPD stärkste Kraft in den Kommunalparlamenten wird. Der Landesvorsitz ist kein Nebenjob, sondern braucht viel Energie und Zeit. Die will ich investieren. Wir haben Ziele, für die es sich lohnt zu kämpfen. Dies will ich tun.

OLAF LIES



Vor uns Sozialdemokraten liegen in den nächsten Jahren große Aufgaben, die wir gemeinsam erfolgreich lösen wollen. Bei der Kommunalwahl 2011 werden wir deutlich machen, dass wir die stärkste politische Kraft im Land sind. Die Landtagswahl 2013 wird auch angesichts der miserablen Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik dieser Landesregierung der Zeitpunkt für den Regierungswechsel sein. Für diese Wahlerfolge bedarf es einer noch engeren Verzahnung zwischen den politischen Ebenen. Ganz entscheidend wird eine größere Nähe zu Bürgern, Gewerkschaften, Kirchen und Interessenverbänden sein. Teilhabe bei der politischen Arbeit der SPD wird ein Schlüssel zum Erfolg sein. Ich möchte als Vorsitzender dafür Verantwortung übernehmen. Persönliche Kontakte zu den Mitgliedern und Bürgern sind mir sehr wichtig. Meine starke kommunalpolitische Verankerung wird auch in meiner Funktion als stellvertretender Landrat deutlich.

STEFAN PREUSSE



Mit meiner Kandidatur möchte ich zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen, die nachhaltige Sicherung von Arbeitsplätzen und den freien Zugang zur Bildung beitragen. Meine Qualifikation als Diplom-Sozialpädagoge und Master in Personal- und Organisationsentwicklung und meine Erfahrungen als Koordinator im Personalmarketing der VW AG und seit 2008 als selbständiger Unternehmensberater geben mir den fachlichen Rückhalt für meine Bewerbung. Meine politische Laufbahn begann im Jahr 2000 mit dem Projekt »Politikcheck« für die Bundestagsabgeordnete Leyla Onur. Danach wurde ich zum Vorsitzenden der Juso-Hochschulgruppe Braunschweig gewählt und habe Organisationserfahrungen im Bundestagswahlkampf 2002 in Wolfsburg gesammelt, wo ich im selben Jahr zum IG Metall-Vertrauensmann für die VW AG gewählt wurde. 2004 bin ich in den Stadtbezirksrat Bebelhof-Viewegsgarten in Braunschweig nachgerückt. Seit 2009 bin ich Bildungsbeauftragter des SPD-Unterbezirks Gifhorn.

STEFAN SCHOSTOK



Die SPD in Niedersachsen macht sich auf den Weg, um die Gestaltungskraft unserer Landespartei wieder herzustellen. Ich kandidiere für den Landesvorsitz, um daran mitzuwirken. Wir brauchen eine neue Kultur mit intensiven Beteiligungsmöglichkeiten für alle, die sich positiv zur SPD bekennen. In der Landes-SPD werden Foren zu den unterschiedlichen Themenbereichen geschaffen, die die Ebenen Europa, Bund, Land und Kommunen verzahnen. Mitglieder, Nichtmitglieder und Experten werden sozialdemokratische Politik für Niedersachsen entwickeln. Durch eine Beteiligung von Anfang an zeigen wir den neuen Kurs unserer Partei mit mehr Beteiligungsmöglichkeiten für alle. Mit Optimismus und Engagement erringen wir Gestaltungsfähigkeit in unseren Städten und Gemeinden bei den Kommunalwahlen 2011 und im Land bei den Wahlen 2013. Dazu brauchen wir eine starke SPD, die ein unverzichtbarer Teil der Zivilgesellschaft ist und die zeigt: Politik gestalten wird Freude machen und Erfolg bringen! Das muss das neue sozialdemokratische Lebensgefühl werden!

RICHTLINIE ZUR DURCHFÜHRUNG DER MITGLIEDERBETEILIGUNG BEI DER NEUWAHL DES/DER LANDESVORSITZENDEN DES SPD-LANDESVERBANDES NIEDERSACHSEN IM ZEITRAUM VOM 1. MÄRZ – 17. APRIL 2010

1. Alle Parteimitglieder werden zu den Veranstaltungen eingeladen und können auch an jenen Veranstaltungen teilnehmen, die nicht in ihrem Bezirk/Region/Unterbezirk stattfinden.
2. Die KandidatInnen stellen sich auf den zehn regionalen Veranstaltungen in alphabetischer Reihenfolge vor.
3. Zum Ende der Veranstaltungen wird in schriftlicher und geheimer Abstimmung ein Meinungsbild unter den anwesenden SPD-Mitgliedern herbeigeführt.
4. Jedes Mitglied kann seine Stimme nur auf einer Veranstaltung abgeben.
5. Das Ergebnis wird vor Ort ausgezählt und bekanntgegeben.
6. Das Ergebnis aller Veranstaltungen wird vom Landesvorstand bei der Nominierung eines/einer Landesvorsitzenden berücksichtigt.
7. Die Delegierten des Landesparteitages wählen am 29. Mai 2010 den/die Landesvorsitzende/n.



Einladung zu den Regionalkonferenzen der SPD in Niedersachsen

Unser Land – Unsere SPD

Einladung zur Teilnahme an den Regionalkonferenzen

Liebe Genossinnen und Genossen,

die niedersächsische SPD hat sich nach intensiven Beratungen im Landesvorstand und im Landesparteirat auf ein Verfahren zur Neuwahl der oder des Landesvorsitzenden geeinigt. Mit Transparenz, Offenheit und der Beteiligung unserer Parteimitglieder wollen wir die Weichen für die Zukunft stellen.

Dem Landesverband liegen die Bewerbungen von Monika Griefahn, Olaf Lies, Stefan Preuße und Stefan Schostok vor. Sie werden sich zwischen dem 1.3.2010 und dem 17.4.2010 im Rahmen von zehn Regionalkonferenzen der Partei und der Öffentlichkeit vorstellen.

Am Ende jeder einzelnen Konferenz können alle anwesenden Genossinnen und Genossen in schriftlicher und geheimer Abstimmung ihr Votum für die Kandidatin oder einen der drei Kandidaten abgeben. Das Ergebnis der Abstimmung wird auf jeder Regionalkonferenz bekannt gegeben und fließt als Meinungsbild in die Kür der oder des Vorsitzenden ein.

Die Wahl der oder des Landesvorsitzenden findet auf dem Landesparteitag der niedersächsischen SPD am 29. Mai 2010 in Stade statt.

Den aktuellen Stand der Termine und Veranstaltungsorte könnt ihr im aktuellen Niedersachsen-vorwärts nachlesen. Dabei bitten wir Euch zu beachten, dass es im Laufe des Verfahrens noch zu Aktualisierungen kommen kann. Diese werden wir Euch ebenfalls im Niedersachsen-vorwärts mitteilen.

Auch im Internet werden wir laufend eine Aktualisierung der Veranstaltungsorte und Termine vornehmen. Unter www.spdnds.de findet Ihr außerdem weitere Informationen zu Monika Griefahn, Olaf Lies, Stefan Preuße und Stefan Schostok.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Namen des Landesverbandes möchten wir Euch ganz herzlich einladen, an den Regionalkonferenzen mit Monika Griefahn, Olaf Lies, Stefan Preuße und Stefan Schostok teilzunehmen. Lasst uns alle zusammen die Arbeit der oder des künftigen Landesvorsitzenden auf das solide Fundament einer aktiven Mitgliederpartei stellen. Wir freuen uns auf Euch!

Mit freundlichen Grüßen


Garrelt Duin, MdB
Landesvorsitzender



Landesverband Niedersachsen
– Geschäftsstelle –
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Telefon 0511.1674-212
Fax 0511.1674-211
spd-niedersachsen@spd.de
www.spd-niedersachsen.de

Februar 2010

TERMINE REGIONAL- KONFERENZEN

**KANDIDATINNEN-
VORSTELLUNG UND
MITGLIEDERBEFRAGUNG**
für die Neuwahl eines/r
Landesvorsitzenden

Mo., 01.03.2010, 19.30 Uhr
30880 Laatzen
Turnhalle des Erich
Kästner-Schulzentrums
Marktstraße 33

Sa., 06.03.2010, 11.00 Uhr
26203 Wardenburg
Wardenburger Hof
Oldenburger Straße 255

Mi., 10.03.2010, 19.30 Uhr
21335 Lüneburg
Leuphana Universität
Hörsaal 3
Scharnhorststraße 1

Fr., 12.03.2010, 18.30 Uhr
38102 Braunschweig
Stadthalle Congress Saal
Leonhardplatz

Sa., 13.03.2010, 11.00 Uhr
21781 Cadenberge
Gastro am Markt MarC 5
Bürgersaal
Am Markt 5

Fr., 09.04.2010, 19.30 Uhr
49086 Osnabrück/
Voxtrup
Hotel Rahenkamp
Meller Landstraße 106

Sa., 10.04.2010, 11.00 Uhr
SFA/Rotenburg/Verden
Noch nicht bekannt.

Mo., 12.04.2010, 19.30 Uhr
38678 Clausthal-Zellerfeld
Glück Auf Saal
An der Marktkirche 7

Fr., 16.04.2010, 19.30 Uhr
26603 Aurich
Ostfrieslandhaus
Weddingstraße 5

Sa., 17.04.2010, 11.00 Uhr
37079 Göttingen
Hotel Freizeit In
Dransfelder Straße 3

SEB AG · BLZ 250 101 11
Konto 1 011 474 400

Alle Termininfos unter:
www.spdlink.de/zehn



Matthias Groot, MdEP

» Mit der Ablehnung des SWIFT-Abkommens hat das Europäische Parlament eine historische Entscheidung getroffen.«

Matthias Groot

STARKE ENTSCHEIDUNG GEGEN SWIFT-ABKOMMEN

Das Europäische Parlament nutzt seinen Machtzuwachs und verweigert den USA den Zugriff auf Millionen von Bankdaten

Von Matthias Groot, MdEP

Auf der Plenartagung am 11. Februar 2010 hat das Europäische Parlament in Straßburg mit einer Mehrheit von 378 zu 196 Stimmen bei 31 Enthaltungen beschlossen, dass europäische Bankkundendaten nicht an die USA weitergegeben werden dürfen. Das sogenannte SWIFT-Abkommen wurde abgelehnt und damit wird es vorerst zwischen Europa und den USA keine Übermittlung von Überweisungsdaten mehr geben. Die USA hätte Zugriff auf Millionen von Bankdaten, die der Finanzdienstleister Swift in Belgien verwaltet, gehabt. Die USA zeigten sich sehr enttäuscht über das Veto und sprach sogar von einem »Rückschlag« in der Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa im Kampf gegen den Terrorismus. Als Mitglied in der US-Delegation des Europäischen Parlaments sehe ich aber nicht, dass das Verhältnis hierdurch zerrüttet ist. Müssten die Senatoren die Entscheidung darüber treffen, ob Europa auf Bankdaten von US-Bürgern kompletten Zugriff bekämen, würden vermutlich genau wenig Hände nach oben gehen.

Für das Europäische Parlament ist die Entscheidung historisch. Meiner Meinung nach zu Recht aus dreierlei Hinsicht.

Erstens ist es dem Europäischen Parlament gelungen, sich gegen den Druck von allen Seiten zu stemmen und nach eigenem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Einige Abgeordnete sollen angeblich noch kurz vor der Abstimmung auf den Gängen des EU-Parlaments von US-Vertretern gedrängt worden sein, sich dem Abkommen nicht in den Weg zu stellen. Außerdem wurde bis zum Schluss von der EU-Kommission versprochen, dass man sich in den Verhandlungen mit den USA um das Thema Datenschutz „bemühen“ werde.

Diese greifbare Stärke, die ein Großteil der Parlamentarier bewiesen hat, konnte man nur wenige Sekunden nach dem Abstimmungsergebnis im Straßburger Plenarsaal erleben. Ein erleichterndes Raunen, gefolgt von einem lauten Applaus und Gratulationen an die Berichterstatterin zeigten, wie wichtig diese Entscheidung für das EU-Parlament war. Jetzt stand fest, dass Entscheidungen nur und ausschließlich im



Die Europaparlamentarier wollen weiterhin Druck auf das Capitol ausüben.

Foto: Patricia Hofmeester | fotolia.com

Europäischen Parlament getroffen werden und nicht vorab in den Mitgliedsstaaten.

Zweitens hat das Europäische Parlament mit in Kraft treten des Lissabonner Vertrages an Kompetenz gewonnen und diese Karte zum ersten Mal auch erfolgreich ausgespielt. Die Ministerebene war bis zur Verabschiedung des Lissabon-Vertrages die einzige, die in der EU-Bürokratie solche Sicherheitsfragen verhandeln durfte. Mit Hilfe des Bundesinnenministers, der sich enthielt, bekam das Abkommen zunächst grünes Licht. Aber der EU-Reformvertrag sieht vor, dass bei Entscheidungen des Innenressorts künftig auch das EU-Parlament gehört werden muss und sein Veto einlegen kann. Seine neue Stärke konnte es zweifelsohne beweisen. Außerdem hat das Parlament hierdurch schon einmal seine künftige Stellung in der EU-Politik deutlich gemacht.

Und schließlich setzte sich das EU-Parlament durch die Ablehnung des dubiosen und unausgereiften Paktes zwischen den USA und Europa für die Wahrung der Bürgerrechte ein. Zunächst ist es sehr fraglich, ob der Ter-

rorismus durch Ausschnüffeln von Bankdaten auch nur ansatzweise bekämpft werden kann. Angenommen dies wäre der Fall, müssten wir uns trotzdem noch fragen, wie weit wir wirklich alle rechtsstaatlichen Grundsätze opfern, die sich Demokratien mühsam errungen haben. Wir dürfen die Grenzen unserer Grundrechte nicht so weit dehnen, dass sie faktisch überschritten werden und damit unser demokratisches System gefährden. Wir brauchen ein effektives und koordiniertes Konzept, das Sicherheit schafft und die Rechte der Bürger schützt.

Das Abkommen ist nun erst einmal ausgesetzt worden. Wir Europaparlamentarier müssen jetzt weiter Druck auf Rat und USA ausüben, um unsere Forderung nach einem neuen und besseren Abkommen mit einem wirksamen Schutz der Bürgerrechte durchzusetzen. Im Folge-Abkommen muss beispielsweise der Zugriff auf Daten noch stärker als bisher begrenzt und an einen konkreten Tatverdacht geknüpft werden. Eine »allgemeine Gefahr« ist für den Zugang zu Daten nicht ausreichend und rechtfertigt erst recht keine Datenspeicherung für fünf Jahre. ■

vorwärts

PERSONALABTEILUNG



»Mit Lasse haben wir den jüngsten Ortsvereinsvorsitzenden der SPD in ganz Osnabrück« freut sich Anne Fitschen, die mit der Wahl des 20-jährigen Lasse Thorwesten zum Vorsitzenden der SPD in Atter ihren Staffelnachfolger nach langen und erfolgreichen Jahren an die nächste Generation weitergibt.

Die Politik bekam Lasse quasi in die Wiege gelegt, Großvater und Vater waren beide politisch aktiv, Lasse hatte sich bereits in der Schule für die Belange der

Mitschüler im Schulsprecherteam eingesetzt und Spendenläufe an seiner Schule mitorganisiert. Auch heute ist er als Jugendbetreuer im SV Atter aktiv. Zur Zeit leistet der, nun jüngste Osnabrücker SPD-Vorsitzende aller Zeiten, seinen Zivildienst beim Paritätischen Dienst in der Hochschulassistentenabteilung ab, und begleitet hier behinderte Studenten bei Vorlesungen und ermöglicht ihnen so Teilhabe am Bildungssystem.

SPD-Mitglied ist Lasse Thorwesten erst seit 2008, erste Erfahrungen bringt er aus dem vergangenen Bundestagswahlkampf und seiner Arbeit bei den Jusos mit. Die Atteraner vertrauen voll und ganz auf das Talent des jungen Mannes und wünschen ihm eine glückliche Hand und vor allem viel Erfolg. Schließlich will der Ortsverein ein deutliches Zeichen an die Wähler bei der Kommunalwahl senden, die SPD ist kein eingestaubter Haufen, sondern eine quicklebendige Mitmach-Partei auch und gerade für junge Leute, die sich für ihre Stadt engagieren wollen.

VORWÄRTS
RÄTSEL

Marion Gräfin Dönhoff bescheinigte ihm noch zu Lebzeiten, er sei »mit unauslöschlichen Lettern eingeschrieben in das Buch der wechselvollen deutschen Geschichte«. Da hatte sie Recht, denn er hat wahrlich viele Wechsel erlebt, erlitten und bei Gefahr für Leib und Leben überstanden. Geboren wird er am 11. März 1910 in München. Dort studiert er Chemie, erlebt Hitler und wird Antifaschist. 1931 setzt er sein Studium in Berlin fort und schließt sich der KPD an. 1939 bildet er mit gleichgesinnten Freunden aus unterschiedlichen Fakultäten die Widerstandsgruppe »Europäische Union«, die im Untergrund lebende Juden mit deutschen Papieren versorgt. Die Gruppe wird verraten. Er wird zum Tode verurteilt, aber nicht gehängt, weil seine Forschungsarbeit als »kriegswichtig« eingestuft wird. Die Nazis richten ihm im Zuchthaus Brandenburg sogar ein Forschungslabor ein. Nach seiner Befreiung durch die Rote Armee wird er 1950 Direktor des Physikalisch-Chemischen Instituts der Humboldt-Universität im Osten der geteilten Stadt Berlin. Eine Vorlesungsreihe über »Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme«, in der er für einen demokratischen Sozialismus plädiert, nimmt die SED zum Anlass, ihn aus dem Dienst zu entfernen. Als er sich 1965 ausgerechnet im SPIEGEL für die Gründung einer neuen KPD stark macht, bekommt er endgültig Berufsverbot. Seine Beredigung wird zur Manifestation. Hunderte von Menschen trotzten der DDR Staatsmacht und erweisen dem deutschen Kommunisten die letzte Ehre. Wer wars?

■ lopo

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16 30159 Hannover

DRESDEN BLEIBT NAZIFREI

Niedersächsische Jusos zeigten sich am 13. Februar solidarisch mit Dresdner Bürgerinnen und Bürgern.

Von Sören Klose

Großer Erfolg für das Bündnis »Dresden Nazifrei«: Trotz eisiger Kälte, Hausdurchsuchungen und Kriminalisierung der Initiatoren im Vorfeld und Einschüchterungsversuche durch Neonazis haben tausende Gegendemonstranten den Aufmarsch von Neonazis durch die Dresdener Neustadt am 13. Februar verhindert. Mit dabei ein Bus mit 40 Jusos aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Der fuhr mitten in der Nacht vom Kurt-Schumacher-Haus in Hannover über Magdeburg, wo einige Genossinnen und Genossen aus Sachsen-Anhalt zustiegen, nach Dresden

Aus dem Bus wurde versucht über Twitter und Kontakt mit anderen Jusos, die sich bereits vor Ort befanden, die Lage in der Dresdener Neustadt, einem alternativen Viertel, durch das die Nazis ihren Marsch geplant hatten, herauszubekommen. Schließlich war klar, dass es wohl keine Möglichkeit geben würde, mit dem Bus dorthin zu gelangen. Ziel sollte die Kundgebung am Albertsplatz sei, auf der unter anderem die Juso-Vorsitzende Franziska Drohsel sprechen sollte. Der Kundgebungsplatz, der sich in der Nähe des Nazi-Sammelortes am Bahnhof Neustadt befand, war zu diesem Zeitpunkt bereits weiträumig abgeriegelt.

Telefonisch hatten wir mit Unterstützung des Landesbüros mittlerweile versucht, Kontakt zum Generalsekretär der sächsischen SPD zu bekommen, in der Hoffnung, irgendwie noch über die Elbe zu gelangen (die leider nicht zugefroren war – die Idee hatten wir auch schon). Wir bekamen den Hinweis, dass



Entschlossen gegen Nazis: Niedersächsische Jusos in Dresden.

Foto: privat

es, wenn überhaupt, an der Carolabrücke klappen sollte. Aber auch dort das gleiche Bild: Die Brücke war von der Polizei komplett abgeriegelt. Einzelne Leute schafften es, mit einem Trick die Kontrollen in den Straßenbahnen zu umgehen und so in die Neustadt zu gelangen. Der Rest harrete in der Innenstadt aus und schloss sich schließlich der Menschenkette um die Altstadt an. Dort versammelten sich gut 10.000 Menschen, wie wir später aus den Nachrichten erfuhren.

Aus den Berichten unserer GenossInnen, die es schließlich in die Neustadt geschafft hatten, erfuhren wir Schokkierendes über gewalttätiges Vorgehen der Polizei gegen Demonstrierende, den willkürlichen Einsatz von Pfefferspray,

aber auch sehr Erfreuliches: Mehrere tausend Gegendemonstranten hatten es geschafft, alle umliegenden Straßen um den Nazi-Sammelplatz zu blockieren, sodass der Aufmarsch schließlich von der Polizei abgeseigt wurde.

Dass es gelungen ist, den Naziaufmarsch in Dresden zu verhindern, werden wir politisch als großen Erfolg. Die Einschüchterungsversuche im Vorfeld haben die tausenden AntifaschistInnen nicht daran gehindert, nach Dresden zu kommen. Wir werden uns auch im nächsten Jahr wieder an den Gegenaktionen beteiligen! Kein Fußbreit den Faschisten – weder in Dresden, noch anderswo! Sören Klose ist niedersächsischer Juso-Vorsitzender. ■

HARTMUT TÖLLE BLEIBT
DGB-LANDESVORSITZENDER

Mit großer Mehrheit haben die Delegierten der Bezirkskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 13. Februar in Hannover Hartmut Tölle (56) für die kommenden vier Jahre im Amt bestätigt.

In seiner Rede hob Hartmut Tölle die Bedeutung der Gewerkschaften bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise hervor. »Komplett ohne ethische Werte agierende Zocker in den Banken haben die Finanzkrise verursacht. Ohne Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit hätten wir längst eine Beschäftigungskatastrophe.« Arbeits- und Ausbildungsplätze zu erhalten, muss jetzt das oberste Ziel sein, so Tölle. Als Schutz vor prekären Arbeitsbedingungen forderte er die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne. Die Delegierten stimmten unter anderem

dafür, Tariftreue zur Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Aufträge zu machen, sowie mehr staatliche Förderung in die dezentrale Energiegewinnung zu stecken. ■

Trauer herrscht bei der AG 60 Plus über den Tod von

Gerhard Brehm

aus Soltau.

Seine vorbildliche, soziale Grundhaltung hat seine Arbeit geprägt. Bei den SPD Senioren bleibt er in dankbarer Erinnerung.

UB 60 Plus Soltau-Bad Fallingbostal